

Die nun verfügbaren Vakzine gegen Covid-19 werfen viele ethische Fragen auf: von der Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen bis zur Priorisierung – national und global. Ein Gastkommentar.

Impfen & Verantwortung

Das Christentum ist die Religion der Freiheit. „Zur Freiheit hat uns Christus gefreit!“, schreibt der Apostel Paulus (Galater 5,1). Freiheit im biblischen Sinne ist aber rückgebunden an die Nächstenliebe und die Fürsorge für den anderen. Das meint Martin Luther, wenn er schreibt, ein Christenmensch sei ein freier und niemandem untertan, zugleich aber ein dienstbarer Knecht und jedermann untertan. Untertan sein: Das klingt nach autoritärer Gesinnung. Luther geht es freilich nicht um Untertanengeist, sondern um Verantwortungsbewusstsein.

So gesehen ist seine Doppelthese hochaktuell: Nicht Untertanengeist, sondern Verantwortungsbewusstsein zeigt, wer Hygienevorschriften und sonstige Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie befolgt. Wer Verschwörungstheorien verbreitet oder gegen den vermeintlichen „Corona-Wahnsinn“ der Regierung polemisiert, handelt verantwortungslos. Christlicher Glaube weiß sich dem Gemeinwohl verpflichtet.

Ein konkretes Beispiel ist das Impfen. Die Bereitschaft dazu ist in Österreich nicht allzu hoch ausgeprägt. Aber ist schon jetzt klar, dass wir die Corona-Pandemie ohne flächendeckende Impfungen nicht besiegen werden, sondern weiter von einem Lockdown in den nächsten geraten. Solange nicht sicher ist, dass Geimpfte auch keine anderen Menschen mehr anstecken können, lässt sich zwar keine allgemeine Impfpflicht rechtfertigen. Ich sehe aber eine moralische Verpflichtung, sich impfen zu lassen, weil jeder Patient weniger auf den Covid-Stationen und den Intensivstationen das Gesundheitswesen entlastet. Dass dieses auch weiterhin funktionsfähig bleibt, dafür tragen wir alle gemeinsam Verantwortung.

Es kommt auf jede und jeden an

Auch für Gesundheitsberufe ist eine Impfpflicht rechtlich derzeit problematisch. Weil es aber gerade jetzt in der äußerst angespannten Lage in den Spitälern und Pflegeeinrichtungen auf jede und jeden von ihnen ankommt, sehe ich diese Personen ganz besonders gefordert, für ihre Gesundheit Sorge zu tragen – und das nicht nur im eigenen Interesse, sondern weil Patienten und Heimbewohner auf ihre Hilfe dringend angewiesen sind.

Eingriffe in die persönliche Freiheit und Grundrechte müssen gut begründet sein. Grundsätzlich ist aber festzuhalten: Wir le-

ben weiterhin in einem Rechtsstaat, nicht in einem Polizeistaat. Eine freiheitliche Gesellschaft kann sich aber nicht allein auf gesetzliche Vorschriften, auf staatliche Kontrollen und Sanktionen stützen. Sie ist in starkem Maße auf das Verantwortungsbewusstsein ihrer Mitglieder angewiesen.

Es wird darüber diskutiert, ob die Impfereitschaft wie auch die Bereitschaft zu Testungen besser durch Sanktionen oder durch Anreize – englisch *nudging* – erhöht wird. Zweierlei ist dazu anzumerken. Erstens: Dass die Impfung für die gesamte Bevölkerung kostenlos ist, ist an sich schon ein Privileg. Zusätzlich Anreize zu fordern, ist ungerechtfertigt. Zweitens: Die Diskussion geht in eine falsche Richtung, wenn die Wiedererlangung von Freiheiten nach erfolgter Impfung als Privileg bezeichnet wird. Es geht schlicht um



DIESSEITS
VON GUT
UND BÖSE

Von Ulrich
H.J. Körtner

„Ich sehe eine moralische Verpflichtung, sich impfen zu lassen, damit das Gesundheitswesen funktionsfähig bleibt.“

Voraussetzungen für die Wiederherstellung verfassungsrechtlich garantierter Grundrechte. Nicht die Freiheiten, sondern ihre Beschneidung bedürfen der Rechtfertigung. Die Rede von Privilegien wirft uns in die vordemokratische Geisteshaltung einer Feudalgesellschaft zurück.

Solange es Impfstoffe noch nicht in ausreichender Menge gibt, sind Priorisierungen nötig. Die Höhe des Krankheitsrisikos ist ein entscheidendes Kriterium und eine Frage der Gerechtigkeit. Dass Inhaftierte in Gefängnissen, Asylsuchende oder Obdachlose in beengten Gemeinschaftsunterkünften vor

Lehrern oder Polizisten geimpft werden, hat hier und da für Irritationen gesorgt. Wenn aber die Verletzlichkeit die Basis ist, ist die Vorreihung dieser Menschen absolut nachvollziehbar. Sie sind einem hohen Risiko ausgesetzt und in ihrer Bewegungsfreiheit – Straffällige beispielsweise durch ihre Inhaftierung – stark eingeschränkt. Eine Gesellschaft, die das nicht erkennt, wäre inhuman.

Jeder wieder sich selbst der Nächste?

Humanität, Solidarität und Gerechtigkeit dürfen jedoch nicht an den Grenzen unseres Landes oder an den Grenzen Europas enden. Die Strategie der EU, gemeinsam mit den Impfstoffherstellern zu verhandeln und die Kontingente einvernehmlich aufzuteilen, war richtig. Inzwischen ist freilich der Druck in den Mitgliedstaaten gewachsen, im Alleingang Zusatzkontingente zu kaufen. Es stünde schlimmer um Europa, wenn am Ende doch wieder jeder sich selbst der Nächste ist.

Rückblickend lässt sich leicht kritisieren, dass die EU anfangs zu wenig Impfdosen bestellt hat. Auch konnte man im vergangenen Sommer noch nicht wissen, welche Pharmafirmen das Rennen im Wettlauf um einen wirksamen Impfstoff machen würden. Verschärft wurde die Lage aber zusätzlich durch einen desaströsen Start der Impfkampagne, für den nicht allein der Gesundheitsminister und sein Beamtenapparat verantwortlich sind. Wichtig ist, was man aus den Versäumnissen für die Zukunft lernt.

In der innenpolitischen Diskussion über die politische Verantwortung und eine zügigere Impfstrategie geraten die ärmeren Länder aus dem Blick. Zu Recht mahnt der deutsche Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble: „Wir können unsere Ungeduld nicht zum Maß aller Dinge machen und den Menschen in ärmeren Weltregionen den Impfstoff wegschnappen.“ Von heimischen Politikern hört man dergleichen leider nicht.

Die Initiative „Covax“ der 20 führenden Wirtschaftsmächte, die der Weltgesundheitsorganisation bis Jahresende zwei Milliarden Impfdosen zur Verfügung stellen will, bleibt vorerst eine Absichtserklärung. NGOs haben sich in der Initiative „People's Vaccine Alliance“ zusammengeschlossen. Hier ist auch das Wort der Kirchen gefragt.

Der Autor ist Professor für Reformierte Theologie an der Evang.-Theol. Fak. der Uni Wien.



QUINT-
ESSENZ

Von Brigitte Quint

Dr. Hinz und Dr. Kunz

Ich kann Christine Aschbacher verstehen. Es lebt sich einfach leichter mit einem Titel. Ganz besonders in Österreich. Was wäre, wenn ich mich folgendermaßen vorstellen könnte: „Grüß Gott, mein Name ist DDr. Brigitte Quint.“ Noch besser wäre es, ich könnte noch einen Universitätsprofessor dazu hängen. Oder zwei. Einen in Kernphysik und einen in afrikanischer Literaturgeschichte. Jede Wette, die Leute würden vor Ehrfurcht erblinden.

Hätte ich geerbt, reich geheiratet oder beides, dann hätte mir die Universität Bratislava noch bis vor Kurzem meinen sozialen Status nach meinen Vorstellungen aufpolieren können. Das ist jetzt vorbei. Und das nur, weil die Aschbacher unbedingt Ministerin werden wollte. Wäre sie geblieben, wo sie herkommt, hätte kein Hahn nach der Echtheit ihrer Arbeiten gekräht.

Interessant ist auch, wer sich aller in den sozialen Netzwerken über Aschbachers Plagiatsskandal echauffiert. Hinz und Kunz zählen auf, wie viele Jahre und Arbeitsstunden für den jeweils eigenen Titel draufgegangen sind. Die Zeterer werden nicht müde zu betonen, wie viel Mühsal das alles gekostet hat und wie viele Opfer jeder Einzelne von ihnen erbringen musste. Dass jemand wie die Aschbacher eine solche Plackerei nicht einfach umschiffen dürfe, darüber herrscht Einigkeit.

Fast will man sich bei der Ex-Ministerin bedanken. Titelträger, die das Gefühl haben, dass ihre Titel bisher in der öffentlichen Wahrnehmung unter den Tisch gefallen sind, haben jetzt die einmalige Chance, sie heraufzuziehen. Die Anerkennung sei ihnen gewiss. Und um die geht es ja. Auch für Christine Aschbacher. Die Liebe zur Wissenschaft hat sie mit Sicherheit nicht in diesen Schlamassel getrieben.

ZUGESPITZT

Expertenkabinett

Eines muss man Sebastian Kurz, zurzeit noch Bundeskanzler der Republik, lassen: Er hat ein feines Gespür für die aktuellen politischen Notwendigkeiten und Sehnsüchte: Haben wir da kürzlich nicht gute Erfahrungen mit einer Expertenregierung gemacht? Bingo. Dass nun mit Martin Kocher ein Parteifreier, der etwas von seiner Materie versteht, Arbeitsminister ist, war ein guter Anfang. Weitere Schritte müssen da folgen. Etwa – auch um das Übergewicht des IHS in der Regierung abzufedern – Noch-Wifo-Chef Christoph Badelt als Finanzminister (dort soll dem Vernehmen nach gleichfalls Fachkenntnis vonnöten sein). Oder Peter Schröcksnadel als Tourismus- und Umweltminister (nicht nur der Experte Nr. eins im Land, sondern macht Seilbahn- und sonstige Lobbys unnötig). Oder Andreas Gabalier (garantiert parteifrei!) als (Volks-)Kulturminister. Klar ist, dass sich dann Sebastian Kurz leider als Kanzler abschaffen muss – damit eine der kompetenten Seelentrösterinnen der Nation (Vera Russwurm! Barbara Stöckl!) das Ruder übernehmen kann. Und ja – seit dem letzten „Im Zentrum“ ist evident, wer der ultimative Experte für den Posten des Gesundheitsministers ist: Der Virologe h.c. und begnadete Besessener Herbert Kickl also. Eh klar.

Otto Friedrich

PORTRÄTIERT

Die gescheiterte Kronprinzessin

Wenn es nach Angela Merkel gegangen wäre, dann hätte die nächste Regierungschefin Annegret Kramp-Karrenbauer geheißen. Dafür hatte sie die ehemalige Ministerpräsidentin des Saarlands extra nach Berlin geholt. „AKK“ (das inoffizielle Kürzel der Politikerin) opferte zunächst ihren Posten als Landesfrau für jenen der Generalsekretärin. Nach einem parteiinternen Wahlkampf, in dem vor allem Friedrich Merz die Führung für sich beanspruchte, löste sie im Dezember 2018 Merkel an der CDU-Spitze ab.

Warum sie dort am Ende scheiterte, darüber scheiden sich die Geister. Manche Experten mutmaßen, Merkel selbst hätte ihrer Mentee zu wenig Freiraum gelassen. Andere wiederum behaupten, AKK wurde von Anfang an überschätzt. Wer das zweitkleinste Bundesland Deutschlands regieren könne, so hieß es, könne noch lange nicht der zweitgrößten Partei vorsitzen. Nicht zuletzt schien die 58-jährige Fettnäpfchen geradezu anzuziehen. Einmal verwechselte sie die „Schwarze Null“ mit der Schuldenbremse, was ihr den Ruf einbrachte, das Grundgesetz nicht genau zu kennen. Potentielle Jungwähler vergaulte sie, weil sie die „Fridays for Future“-Demonstranten als Schulschwänzer diffamierte. Und bei einem Karnevalsauftritt machte sie Witze über das „dritte Geschlecht“. Um ihren Leumund zu verbessern, entschied sich AKK Ende 2019 das Verteidigungsministerium von Ursula von der Leyen zu übernehmen. Eine Rechnung, die nicht aufging.



Die Wahl in Thüringen im Februar 2020 wurde zu ihrem Schicksalsmoment. Die Thüringer CDU hatte sich mit der AfD verbündet, um Bodo Ramelow (Die Linke) als Ministerpräsidenten zu verhindern. AKK konnte ihren Landesverband zunächst nicht dazu bringen, sich von den Rechtspopulisten klar abzugrenzen. Merkel musste eingreifen.

Am 10. Februar 2020 kündigte AKK an, den CDU-Vorsitz abzugeben. Am kommenden Wochenende wird ihre Nachfolge gewählt. Noch bleibt ihr der Posten als Ministerin. Ihre Rolle in einer Post-Merkel-Ära dürfte dagegen überschaubar sein. Vieles spricht dafür, dass sich AKK ab Herbst zu ihren landespolitischen Wurzeln ins Saarland zurückziehen wird. (Brigitte Quint)

Am kommenden Wochenende wird Annegret Kramp-Karrenbauers Nachfolger auf dem CDU-Parteitag gewählt. Sie bleibt Ministerin.